

# Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVI/220

18. November 1971

Nachruf auf Walter Möller

---

Ein konsequenter und gradliniger Sozialdemokrat

Von Rudi Arndt MdL

Stellv. Bezirksvorsitzender SPD Hessen-Süd  
und Finanzminister von Hessen

Seite 1 und 1a / 62 Zeilen

Grundgesetzauftrag und Parteiprogramm

---

Ein Diskussionsbeitrag zur Positionsfixierung der SPD

Von Karl-Heinz Hansen MdB

Stellv. Mitglied des Innenausschusses des Bundestages

Seite 2 und 3 / 78 Zeilen

Parteitage sollen Politik machen

---

Ein Beitrag zur Diskussion um den Bonner SPD-Kongreß

Seite 4 / 44 Zeilen

CDU-"Warnung" im Vorgriff

---

Vermögenspolitik-Problem beschäftigt den SPD-Parteitag

Seite 5 / 37 Zeilen

Korrektur des Bildes unserer Jugend

---

Der Bundespräsident vor den jungen Gewerkschaftlern

Seite 6 / 46 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

---

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 9, Hausallee 2-10  
Postfach: 8163  
Pressenachricht. Zimmer 217-224  
Telefon: 22 83 37 - 38  
Telefax: 896 846/896 8477  
888 846 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Nachruf auf Walter Möller

Ein konsequenter und gradliniger Sozialdemokrat

Von Rudi Arndt MdL

Stellv. Bezirksvorsitzender SPD Hessen-Süd und  
Finanzminister von Hessen

Sein Weg war konsequent und gradlinig. Er liebte bequeme Umwege ab, und wenn die Strecke noch so schwierig war. Dabei nahm Walter Möller auf sich selbst keine Rücksicht. Wenige Minuten vor seinem Tod saßen wir im kleineren Kreis noch zusammen und sprachen über unsere politischen Aufgaben. Einer sagte zu Walter, es wäre doch besser, sich noch einige Zeit zu schonen. Die Antwort lautete: "Ich muß eine Sache ganz machen oder gar nicht".

Es war noch ein Schüler, als 1933 die Nazis an die Macht kamen. Weil seine Eltern Sozialdemokraten waren und ihren Sohn in eine Schule sozialistischer Prägung schickten, durfte er nicht das Abitur machen und hatte keine Möglichkeit zu studieren. Sofort nach dem Kriege stellte er sich der Sozialdemokratischen Partei zur Verfügung. Er gründete die Jungsozialisten im traditionsreichen Distrikt Frankfurt-Bornheim. Mit seiner klaren, zupackenden Art gewann er die jungen Menschen für die Parteiarbeit. Ich war nur wenige Tage aus Gefangenschaft zurück, da kam Walter Möller zu mir nachhause. Wir kannten uns noch nicht, aber unsere Eltern hatten schon 1920 politisch zusammengearbeitet. Er fragte gar nicht, ob ich in der Jugendarbeit mitmachen wollte, sondern sagte mir gleich, wie ich es tun sollte. Walter Möller ging immer sofort auf sein Ziel los. Er verschäumte keine Zeit. Als er 1948 im Handwerkersaal in Frankfurt seine Jungferrede als Stadtverordneter hielt, nahm er sich auf dem Weg zum Rednerpult nicht die Zeit, um die Bänke heranzugehen, sondern er sprang einfach darüber. Und die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion konnte ihm nicht ausweichen, wenn er über ein bestimmtes Problem eine Entscheidung verlangte. Mir hat er versucht, durch taktische Tricks

ein Ziel zu erreichen. Er suchte immer die offene Entscheidung.

So kennt ihn diese SPD auch als Parteitage delegierten. In Stuttgart, in Godesberg, in Hannover, in Dortmund oder in Saarbrücken. Er war nicht bereit, eine notwendige Entscheidung durch eine wachsweiße Formulierung verkleistern zu lassen. Auch wenn seine engsten politischen Freunde darum baten. Er war einer der Ersten, die auf den Parteitagen die Friedenspolitik vertrat, die heute Regierungsprogramm ist. Walter Kölller war sich selbst treu, als er sich 1961 um das schwerste kommunale Amt bewarb, das damals in Frankfurt zu besetzen war, das Amt des Verkehrsdezernenten. Er trieb Magistrat und Stadtverordnete dazu, eine klare Entscheidung zu treffen und es begann das gigantische Projekt des U- und S-Bahn-Baus in Frankfurt.

Als die unbarmherzigen Anforderungen des Amtes als Frankfurter Oberbürgermeister das Leben Willi Branderts endeten, sorgte Walter Kölller nicht. Und als Oberbürgermeister griff er sofort das Problem an, das für mindestens dieses Jahrzehnt das schwierigste Problem einer Großstadt überhaupt ist, die verwaltungsmäßige Ordnung der Großstadtdregion. Walter Kölller entwickelte sein Modell der Regionalstadt. In der harten Diskussion zwang er seine Kritiker aus dem Umland, zuzugeben, daß sein Modell eines Tages kommen müsse. Ihren Einwand, die Zeit sei noch nicht reif, begegnete er mit der ihm eigenen Konsequenz: "Wenn es für die Zukunft richtig ist, dann kann es heute nicht falsch sein". Und er kämpfte unbeirrt, obwohl schwerkrank und zeitweise in einer fast hoffnungslosen Minderheit. Wenige Stunden vor seinem Tod erwähnte er von Albert Caswald, daß sein Kampf erfolgreicher war, als er in den letzten Wochen annehmen mußte.

Als Walter Kölller am 16. November, wenige Minuten vor 23 Uhr wegging, sagte er: "No dann bis nachher!". Wir wollten uns ja wenige Stunden später in Bonn zum Außerordentlichen Bundespartei-tag wieder treffen. Aber sein Platz beim Parteitag bleibt leer. Es wird lange dauern, bis dieser Platz wieder ausgefüllt werden kann.

(-/ee/18.11.1971/ks)

## Grundgesetzauftrag und Parteiprogramm

Ein Diskussions-Beitrag zur Positionsfixierung der SPD

Von Karl-Heinz Hansen MdB

Stellv. Mitglied des Innenausschusses des Bundestages

Die Artikel 1 bis 19 (Grundrechte) und 20 (sozialer Bundesstaat) des Grundgesetzes beinhalten die konkrete Utopie von der gleichwertigen Verknüpfung individueller Freiheit mit sozialer Gerechtigkeit. Die inhaltliche Ausformung dieses Verfassungskerns ist als ständiger Prozeß dem Gesetzgeber aufgetragen. Seit Bestehen der Bundesrepublik wurde dieser Auftrag der gesetzlichen Konkretisierung überwiegend von parlamentarischen Mehrheiten der CDU und der CSU ausgeführt. Aus dem konservativ-restaurativen Charakter jener Parteien erklärt sich, warum die soziale Wirklichkeit sich in jener Zeit von Jahr zu Jahr weiter von der ursprünglichen, auch von den Verfassungsvätern gewollten Zielsetzung entfernt hat. Die Schere zwischen dem hohen Verfassungsauspruch und der Verfassungswirklichkeit klappte immer mehr auseinander, was beispielsweise nicht nur an der Inhaltsbestimmung der Eigentums abzulesen ist, sondern auch an der ungerechten Steuergesetzgebung, in der Besteuerungsgelder abzugsfähig und Steuerhinterziehungen im großen quasi-legal sind. Der Verfassungsauftrag, den Sozialstaat zu verwirklichen, gehört noch heute zu den großen unabgeleiteten Ansprüchen deutscher Nachkriegsgeschichte, weil der Kampf ab 1949 politisch falsch geächtet gewesen war.

Die SPD hat sich im "Godesberger Programm" der realen Utopie von demokratischem Sozialismus verpflichtet, in dem Rationalität und Humanität, soziale Gerechtigkeit und individuelle Freiheit miteinander im Einklang sind. Dieses Grundgesetz der SPD enthält eindeutige Leitsätze darüber, auf welches Ziel hin Sozialdemokraten die Neu- und Umgestaltung der Gesellschaft zu betreiben haben, wenn sie ihrem eigenen Anspruch gerecht werden wollen: "Die Bändigung der Macht der Großwirtschaft ist zentrale Aufgabe einer freiheitlichen Wirtschaftspolitik... Das private Eigentum an Produktionsmitteln hat Anspruch auf Schutz und Förderung, soweit es nicht den Aufbau einer gerechten Sozialordnung hindert... Wo mit anderen Mitteln eine gesunde Ordnung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse nicht gewährleistet werden kann, ist Gemeineigentum zweckmäßig und notwendig... Geeignete Maßnahmen sollen dafür sorgen, daß ein angemessener Anteil des ständigen Zuwachses am Betriebsvermögen der Großwirtschaft als Eigentum breitt

gestreut oder gemeinschaftlichen Zwecken dienstbar gemacht wird..."

Diese Forderungen des SPD-Grundsatzprogramms zu verwirklichen hätte die SPD bis 1959 nur ansatzweise und in einzelnen Ländern Gelegenheit. Die Regierungsübernahme in Bonn war ein von vielen lange erwarteter Einschnitt in die gesellschaftliche Fehlentwicklung der Bundesrepublik seit 1949. Heute ist die Erfüllung der Forderungen aus dem Jahre 1959 möglich und mehr denn je nötig. Die Notwendigkeit durchgreifender Reformen ist einer wachsenden Mehrheit, vor allem der Arbeitnehmer, inzwischen bewußt geworden. Damit ist die Chance der Regierungspartei SPD gewachsen, die Bedingung der Möglichkeit zur Verwirklichung des demokratischen Sozialismus in der Bundesrepublik zu bewahren und auszubauen. Mehrheiten zu gewinnen, um als Gesetzgeber Verfassungsauftrag und Programmauftrag gleichermaßen zu erfüllen.

Für den Sonderparteitag und natürlich alle folgenden Ordentlichen Parteitage ergibt sich daraus:

1/ Diskussionen und Beschlüsse müssen das grundsätzliche Selbstverständnis der SPD als einer Partei, die als einzige die Interessen aller Arbeitnehmer und zugleich, als Volkspartei, die Interessen aller von ihrer Zielsetzung angesprochenen und bewegten gesellschaftlichen Gruppierungen vertritt, überzeugend verdeutlichen. Unmißverständliche Beschlüsse über Einzelschritte zur permanenten Reform von Staat und Gesellschaft verhindern, daß sie mit Scheinreformen verwechselt werden, die an Symptomen herumbasteln, das schlechte Bestehende nur aushaltbarer machen und es damit verewigen. Nur mit einer Wahlplattform zukunftsweisender Perspektiven und gesetzlich konkretisierter Einzelschritten kann die SPD kommenden Wahlen zuversichtlich entgegensehen.

2/ Hier und heute erwartet die Öffentlichkeit von den Delegierten des Parteizugs klare Entscheidungen nicht nur zur Steuerreform und zur Vermögensbildung, sondern auch zu den auf den Nägeln brennenden Problemen von Presse, Film, Funk und Fernsehen, sowie schließlich zu dem nachträglich mit großer Mehrheit auf die Tagesordnung gesetzten § 218.

3/ Wenn alle Delegierten über dem grundsätzlich Wünschbaren und dringend Notwendigen das finanziell Realisierbare und das gesellschaftlich Mögliche nicht aus den Augen verlieren, werden die Beschlüsse dieses und des folgenden Ordentlichen Parteitages geeignet sein, die zwanzigjährige Mißweisung des Kompaktkurses bundesrepublikanischer Geschichte auf Dauer korrigieren zu lassen.  
(-/ex/18.11.1971/ks)

### Parteitage sollen Politik machen

Ein Beitrag zur Diskussion um den Bonner SPD-Kongreß

"Die Verwechslung der Rollen - das ist nicht in Ordnung". Mit dieser Mahnung hat der stellv. SPD-Vorsitzende Herbert Wehner wenige Stunden vor dem offiziellen Beginn des Außerordentlichen SPD-Kongresses von Bonn seine Partei noch einmal kritisch und besorgt auf eine Entwicklung hingewiesen, die keineswegs bloß ihn beunruhigt.

Es ist nicht nur die Inflation an Anträgen, mit denen sich dieser Bonner Parteitag auseinanderzusetzen hat und die er in irgendeiner vernünftigen Weise bewältigen und erledigen soll. Es ist auch das Faktum, daß sich in dieser Papierflut konkrete Ansätze für eine Verschiebung der Zuständigkeiten zwischen Partei, hier also Regierungs- und Koalitionspartei, auf der einen sowie Parlament bzw. Fraktion und Regierung auf der anderen Seite finden.

Gewiß: Die mehr als erstaunliche Leistung der Antragskommission, die für diesen Parteitag erstmalig schon Tage vor dessen Beginn eine zusammenführende Gruppierung der 1.345 Anträge vorgelegt hatte - 79 Anträge haben übrigens gar nichts mit der genau umrissenen Thematik des Kongresses zu tun - macht die Situation in der Bonner Beethovenhalle etwas erträglicher. Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß, um ein sachliches Wort des stellv. Bezirksvorsitzenden Kassen-Süd, Landesminister Rudi Arndt, aufzugreifen, künftig "Berufsdelegierte" benötigt wären, um überhaupt eine brauchbare und sinnvolle Parteitageleistung vollbringen zu können. Das meint aber noch nicht nur diese Antragsflut. Das zielt zugespitzt auch auf den zweiten Kardinalbeunruhigungspunkt: daß nämlich vor dem geballten Amarsaco des sich oft im Detail verlierenden Nachvorstandes die Politik viel zu kurz kommen könnte.

Politik machen ist aber die herausragende Zielaufgabe der Partei und insbesondere ihrer Parteitage. Politik machen heißt: Politische Tendenzen erarbeiten und erkennen lassen, politische Richtungen weisen und diesen Zielweg in Beschlüsse fassen, die politischen Tendenz-Anträge an die Parlamentsgremien der Partei und an die von ihr gestellten und beauftragten Regierungen weiterleiten. Dazu kommt Recht und Pflicht zur Kontrolle, weil Parlamentsgremien und Regierungen politische Rechenschaft abzulegen haben.

Die Partei wird sich gerade anhand der warnenden Beispiele von Bonn über die heute von ihr und für sie gegebene Situation klar werden müssen. Die Mahnung Herbert Wehners wird zur Warnung. Er hat sie für die gesamte Parteiführung ausgesprochen. Sie wird gewiß von der ganzen Partei aufgegriffen, beherzigt und befolgt werden.

cc: ee 18 11.1971.ogv

CDU-"Warnung" im Vorgriff  
-----

Vermögenspolitik-Problem beschäftigt den SPD-Parteitag

Die oppositionelle CDU/CSU hat sich den Luxus geleistet, sich schon vor Beginn des Außerordentlichen SPD-Parteitages mit "Warnungen" an die Sozialdemokratie zu wenden. Sie stehen im Sach-Zusammenhang mit dem Rücktritt des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundeswirtschafts-/Finanzministerium, Philip Rosenthal. Nun ist ein solcher Vorgang, ob spektakulär oder nicht, sicherlich keine interne Angelegenheit der betroffenen Regierung, der betroffenen Partei und der betroffenen Koalition; und das schon gar nicht, wenn die Öffentlichkeit in einer so intensiven Weise an diesen Vorgang beteiligt wird. Aber immerhin gehören Dienstquittierungen, mögen sie so oder so vonstatten gehen, zweifellos zu einem Normalvorgang gerade in parlamentarischen Demokratien, und auch die von den Unionsparteien beherrschten Bonner Regierungsjahre sind von solchen Erscheinungen nicht frei gewesen. Auch mit der Übersiedlung aus einer Mietsunterkunft in ein Palasthochhaus vermag die CDU ihre bewegte Vergangenheit nicht abzustreifen.

Die "Warnung" nun konzentriert sich sachlich zunächst auf die Vermögensbildungsfrage, mit der sich Philip Rosenthal vorrangig beschäftigt hatte und die zu den schwierigsten innerpolitischen Problemen der Bundesrepublik gehört. Hierzu reagiert die Union schon im Vorweg auf noch gar nicht abgehandelte Anträge, noch gar nicht durchgeführte Diskussionen und noch gar nicht gefasste Beschlüsse. Diese Vorweg-Sorgen, die SPD könnte unrealisierbare Entscheidungen treffen, machen sich bei einer Parteiengruppe, die in nahezu 20 Jahren Regierungstätigkeit zu diesem gesellschaftspolitisch hochrangigen Komplex nur recht wenig beigetragen hat, reichlich provinziell aus, um sie vorsichtig zu charakterisieren.

Die SPD weiß selbst zur Genüge, welchen komplizierten und schwergewichtigen Fragen sie auf ihrem Außerordentlichen Kongreß zu Leibe rücken will. Sie macht sich, oben weil sie die SPD ist, diese Aufgabe jedenfalls schwerer als die beiden Parteien, die zurzeit weder innen- noch außenpolitisch Alternativen anzubieten haben, die ihren Rückweg aus der Opposition auf die Regierungsbänke möglich machen und zulassen würden.

(ee/ee/18.11.1971/bcy)

+ +

## Korrektur des Bildes unserer Jugend

### Der Bundespräsident vor den jungen Gewerkschaftlern

Wenn eine Gruppe von jungen Menschen als Rauschgiftsüchtige in einem Beutkeller entdeckt wird, macht dies Schlagzeilen und beschäftigt Massenmedien. Wenn jugendliche Wabauken durch ihr Ärger-  
nis erregendes Benehmen den Zorn der Älteren heraufbeschwören, fehlt es nicht an melancholischen Betrachtungen über die allgemeine Verderbnis der heutigen Jugend, die sich im Leben nicht zurechtfinde und daran verzweiflt. Wenn junge Menschen gar in schwere Kriminalfälle verwickelt sind, wird darüber ein Lamento erhoben, als ob unsere Gesellschaft in ihren Grundfesten erschüttelt wäre.

Dieses so pauschal und verallgemeinernd gezeichnete Bild ist grundfalsch, deckt sich nicht mit der Wirklichkeit. Die weitaus überwiegende Mehrheit der jungen Generation hat den ernstesten Willen, durch Fleiß und Lernbegierde voranzukommen, verbunden mit Einsatzbereitschaft für andere. Sie empfindet stärker als die ältere Generation Ungerechtigkeiten in dieser Welt, sie ist nicht geneigt, Unrecht als naturgegeben hinzunehmen. Eine heilsame Unruhe ging und geht von der jungen Generation aus - übrigens nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch in vielen anderen Ländern -, die schon manch Gutes bewirkte und Parteien und Gesetzgebung vorantrieb. Diese Jugend hat, was vielfach verkannt wird, Ideale, sie lebt nicht in den Tag hinein, das Streben nach Gerechtigkeit und Solidarität mit Schwachen und Hilfsbedürftigen geben ihrem Dasein Sinn und Erfüllung.

Kein Geringerer als unser Bundespräsident Dr. Gustav W. Heinemann hat der jungen Generation Würdigung und Anerkennung zu-  
teil werden lassen, wie sie bisher wohl kaum erfolgte. Vor dem DGB-Jugendkongreß in Dortmund entwarf er aus dem reichen Schatz seiner reifen Erfahrungen ein Bild der heutigen Jugend, das uns alle miteinander optimistischer stimmen kann. Heinemann wußte viele Beispiele tätiger Hilfsbereitschaft anzuführen, angefangen von den Schülerlotsen, die, selbst Kinder noch, unter Opfern ihren Dienst versehen, bis zu den etwa 100-000 jungen Menschen, die im Rahmen freiwilliger Dienste in Krankenhäusern, Alters- und Kinderheimen Segensreiches tun. Es fehlte auch nicht die Erwähnung jener Studenten, denen die Fürsorge für Obdachlose, physisch Kranke, Körperbehinderte und Strafgefangene Gewissenspflicht bedeutet. All dieses Wirken geschieht im Stillen. Keine Schlagzeile berichtet darüber.

Diese jungen Menschen erfuhren Ermunterung und Zuspruch von einem Mann, der das Wilhelminische Deutschland, den Untergang der Weimarer Republik und die Apokalypse des Dritten Reichs erlebte, und der am Aufbau der neuen deutschen Demokratie aktiv mitwirkte -  
welch wechselvolle Stationen deutscher Geschichte. Es war gut, daß Heinemann ein Bild korrigierte, das schon lange der Korrektur bedurfte. Kein besserer Platz hätte dafür gewählt werden können als der DGB-Jugendkongreß, wo jugendliche Delegierte im Namen von einer Million gewerkschaftlich organisierter junger Menschen ihren Weg für die Zukunft in unserem freiheitlich sozialen Staatswesen absteckten.  
(ac/ex/18.11.1971/ks)